

Dresdner Volkszeitung

Postkonton: Dresden,
Raben & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto:
Gebr. Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Anstaltsverwaltungen Dresden-Neustadt und Dresden-Altkreis

Bezugspreis einschließlich Frachtkosten monatlich 2,00 M., durch die Post bezogen monatlich 2,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 3,00 M., Einzelnummer 12.- M., Sonnabendnummer 15.- M., Telegramm-Adr.: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 6spaltige Nonpareilzeile 35.- M., die 8spaltige Reklamzeile 120.- M., außerdem 40.- u. 150.-, Ausland 200 und 400 M. Bei mehrmaliger Auflage Ermäßigung. Familienanzeigen, Stellen- und Mietangebote 25 Proz. Rabatt. Für Briefverbreitung 10 M.

Nr. 264

Dresden, Montag den 13. November 1922

33. Jahrg.

Der Stinnesstag

Herr Stinnes für eine Zehnstundenfron

Alle Tage bekommen wir jetzt zu hören, daß wir führende Männer der Wirtschaft an einflussreiche Staatsstellen setzen müßten, damit endlich einmal sachverständig bei uns regiert würde. Dabei zeigt sich immer wieder, daß viele sogenannte Wirtschaftsführer in volkswirtschaftlichen Fragen blutige Dilettanten sind, die über ihre Rasenpfe nicht hinwegsehen können. Männer, die, wie Rathenau, gleichzeitig gute Geschäftsleute und gute Wirtschaftspolitiker sind, sind Ausnahmen. Ein Beispiel dafür, daß ein sehr guter Geschäftsmann ein schlechter Wirtschaftspolitiker sein kann, ist der heute in Deutschland so mächtige Hugo Stinnes. In einer Rede vor dem wirtschafts- und finanzpolitischen Ausschuss des Reichswirtschaftsrats führte er u. a. über die Frage der Arbeits-

werden dürfen, wie das in der Nachkriegszeit geschehen ist, man hätte die ausgeschütteten Mittel eben zum Ausbau und zur Verbesserung der „Instrumente der Wirtschaft“ verwenden müssen. Die Arbeiter sind nicht dazu da, um durch Weh-arbeit das wieder gutzumachen, was die Kapitalisten gesündigt haben. Das mag sich Herr Stinnes merken.

„Wenn Deutschland nicht den Mut hat, sich selbst zu helfen, dann ist ihm nicht zu helfen! — Die Schuld vor der Verantwortung ist in Deutschland nicht minder groß als die Kapitalistenschuld!“ So lauten die nicht gerade begeisterten Urteile des englischen (Bradbury) und französischen (Vathou) Mitgliedes der Reparationskommission nach den Berliner Verhandlungen.

In der französischen und der englischen Presse das gleiche Bild. Selbst in den gemäßigten französischen Kreisen, die die Politik Voincorés auf das entschiedenste verurteilen, wird erklärt: Wenn es zu einer neuen Krise komme, so trage die deutsche Regierung ein gut Teil der Verantwortung! So nicht der Deutere aus:

Die deutsche Regierung habe eine einzigartige Gelegenheit gehabt, durch Fortsetzung eines positiven Reparationsprogramms wieder aktiv in die internationale Politik einzutreten und der Welt zu zeigen, daß ihre Politik nicht einzig und allein darin besteht, auf alle vorgeschlagenen Lösungen mit einem „Unmöglich“ zu antworten. Ein solcher Plan hätte zum mindesten den künftigen Verhandlungen als Basis dienen können. Aber die deutsche Regierung habe auch diese Gelegenheit wieder verpaßt, nicht aus bösem Willen, sondern aus Unfähigkeit, aus Mangel an Willen überhaupt.

Jedoch verkennt man auch im Ausland nicht, daß die reichsfeindlichen und besonders die schwerindustriellen Kreise in Deutschland die Hauptlast an dem Verhängen der deutschen Regierung tragen. Die Franzosen sprechen es offen aus,

daß gewisse, der Schwerindustrie nahestehende Kreise den Versuch nicht scheuten, bei der Reparationskommission gegenüber die Autorität der Regierung systematisch zu untergraben, in der Hoffnung, sich selbst dadurch in den Sattel schwingen zu können.

Und ein deutscher rechtsstehender Journalist äußerte sich nach der Frankfurter Erklärung dem Franzosen de Jouvenel gegenüber: „Deutschland braucht eine Diktatur, und da es sie bei sich selbst nicht gefunden hat, erwartet es sie vom Ausland.“ Wehlich dachten — sehr Jouvenel hinzu — sehr viele der deutschen Reaktionäre.

Auch die englische Presse spricht von einer einzigartigen Chance Deutschlands und ist — wie der Manchester Guardian — höchst beunruhigt durch die Opposition der Schwerindustrie:

Herr Stinnes hat seine eigenen Gesichtspunkte für die Reparationszahlung, deren besondere Merkmale sechs Prozent für ihn selbst und Zehnstunden Frond für die Arbeiter sind. Stinnes und seine Freunde seien typisch für die politischen Financiers, an denen die besten ökonomischen Vorschläge voraussichtlich scheitern würden.

Erdbeben in Chile

Am Sonnabend in den Morgenstunden registrierte der Apparat der Sternwarte auf dem Königstuhl bei Heidelberg ein sehr heftiges Erdbeben, das an die Stärke des bekannten Erdbebens von Messina erinnert. Der erste Einschlag erfolgte um 5 Uhr 45 Minuten 28 Sekunden; das erste Wagnis um 6 Uhr 1 Minute 48 Sekunden; das zweite um 6 Uhr 36 Minuten 58 Sekunden. Die Bewegung hielt mehr als drei Stunden an. Der Herd des Erdbebens liegt in Chile. Wie Reuters aus Santiago de Chile meldet, sind bei dem Erdbeben in Coquimbo 500, in Copiapo und andern Orten schätzungsweise 200 Menschen ums Leben gekommen; 400 wurden verletzt.

Wie Havos aus Neuquén meldet, sind bei dem Erdbeben in Chile in Coquimbo 500 Häuser zerstört worden. Das Zentrum des Bebens liegt zwischen Serena und Coquimbo während des Bebens ist das Meer gegen 200 Meter weiter in das Land einwärts gedrungen.

Ein altes großes Naturereignis hat Heinrich von Kleist in einer seiner gewaltigen Novellen: Das Erdbeben von Chile, dargestellt.

Die Wahlen in Mexiko

Washington, 10. November. Nach den offiziellen Wahlergebnissen in den Vereinigten Staaten setzt sich der Kongress wie folgt zusammen: Repräsentantenhaus 228 Republikaner, 204 Demokraten und ein Sozialist. Die

republikanische Mehrheit würde also 11 Siege betragen. Im Senat werden die Republikaner 53 Siege haben, die Demokraten 42, die Landwirte einen. Die republikanische Mehrheit wird also 4 Stimmen betragen.

Das Zusammenkommen der großen republikanischen Mehrheit von über 100 Stimmen wird auf die Agitation gegen das Schusswaffen- und das Alkoholverbot zurückgeführt. Durch bedeutend erhöhte Schusswaffen hatten die Republikaner verstanden, der Ueberherrschung des amerikanischen Marktes durch deutsche Waren vorzubeugen, um damit die Industrie zu beben. Aber dieses Mittel hatte zur Folge, daß eine Verbilligung der Lebenshaltung des Volkes unmöglich wurde. Da die ersten zwei Jahre des republikanischen Regimes im Innern einen ausgeprochen reaktionären Charakter trugen, der vor allem bei der rückwärtigen Unterdrückung der großen Streikbewegung in Erscheinung trat, und da drüben die sozialistische Bewegung noch in den Anfängen steht, haben breite proletarische Wählerkreise für die oppositionelle Demokratische Partei gestimmt. Am Hintergrunde des Wahlschlusses stand aber doch die Außenpolitik. Auch die Amerikaner erkennen, daß ihre eigene Krise letzten Endes auf das europäische Wirtschaftschicksal zurückzuführen ist, und gegen die bisher ziemlich streng durchgeführte Politik der Nichtbeteiligung in europäischen Angelegenheiten macht sich eine Bewegung bemerkbar, die der demokratischen Partei jedenfalls nicht geschadet hat.

Die Naturalbesteuerung der Landwirtschaft

Von Hermann Kranold, Hannover

Durch die Presse ging vor kurzem ein Bericht über eine demokratische Ministerkonferenz, die einen Vorschlag des oldenburgischen Ministerpräsidenten Lancken über Naturalbesteuerung der Landwirtschaft im wesentlichen gutgeheißen hat. Das gibt Veranlassung zu einigen Worten über die Frage, wie eine solche Naturalbesteuerung ausgebaut werden muß, wenn sie insbesondere auch dem Zweck der Produktionssteigerung dienen soll.

Das Wichtigste ist bei einer Steuer natürlich, daß sie einen Ertrag bringt. Nun wissen wir seit der Zwangswirtschaft, daß alle Maßnahmen der Staatsgewalt zur Beschlagnahme eines Produktes Schiffbruch erleiden, je größer die Zahl der Produzenten ist, je mehr sich infolgedessen die Aktion der Staatsgewalt zersplittert und je besser schließlich die Gelegenheiten sind, sich auf dem Wege des Schleichhandels den staatlichen Maßnahmen zu entziehen. Die Verdrängung zum Schleichhandel wächst wiederum mit dem Gewinn, der bei solch einer ungelieblichen Handlung winkt. Um Marktscheine heutigen Tages zu fälschen, muß man schon ein ziemlicher Narr sein. Die Fälschung von Tausendmarktscheinen aber kann einen stattlichen Stundenlohn einbringen, und durch Fälschung von Zehntausendmarktscheinen kann man selbst heute noch in kurzer Zeit ein wohlhabender Mann werden. Infolgedessen ist das Vorkommen von falschen Scheinen in der Gruppe der Tausend- und Zehntausendmarknoten wesentlich häufiger als in der Gruppe der Marktscheine.

Ähnliches gilt natürlich für das Steuerzahlen in der Landwirtschaft. Wenn man dem Landwirt in einer Zeit, in der Getreide beim Verkauf sehr viel einbringt, kein Getreide ohne oder gegen geringe Entschädigung wegnimmt, so ist es natürlich für ihn sehr lohnend, sich seiner Naturalsteuerpflicht zu entziehen. Infolgedessen muß ein Kontrollsystem gefunden werden, das wirksamer ist als das bureaukratisch-polizeiliche. Dieses Kontrollsystem ist gegeben (ich habe es seit Jahren — selbstverständlich vergeblich — vorgeschlagen) mit der Solidarhaftung der Landwirte für die Entrichtung der Naturalsteuer. Sie würde darauf hinauslaufen, daß der Steuerentnehmer gegenüber einer Gemeinde, bei der Steuerrückstände entstanden sind, das Recht hat, sich durch Zugriff auf die Vorräte jedes einzelnen Angehörigen schadlos zu halten, mag der Betroffene nun selbst der Steuerbrüder sein oder nicht. Dabei bleibt es dem unschuldig Enteigneten überlassen, mit Hilfe besonders dafür zu schaffender, schnell arbeitender Rechtsbeistandungen sich von dem Schuldigen Ersatz zu holen. Bei diesem System wird jeder einzelne Landwirt zum Kontrolleur seines Nachbarn. Die Wirksamkeit dieses Systems ist geschichtlich sehr bekannt. Ueberall da, wo große Steuerleistung mit geringem Aufwand von Staatspersonal aufgebracht werden sollten, ist es erfolgreich angewendet worden. Das beruht darauf, daß es das Eigeninteresse des landwirtschaftlichen Produzenten zum Schrittmacher für das Interesse der Gesamtheit macht.

Eine weitere Frage ist, wie man durch eine vernünftige Gestaltung der Naturalbesteuerung die Produktivität der Landwirtschaft steigern kann. Das ist möglich, indem man die Höhe des Ertrages bei der Steuerfestsetzung berücksichtigt, und zwar teilweise in umgekehrtem Sinne wie sonst. Die übliche Art und Weise, Steuern zu erheben, beruht auf einer Gerechtigkeitsmeinung, nämlich auf der Vorstellung, daß man den tragfähigen Schultern eine größere Last aufbürden soll als den schwachen Schultern. Infolgedessen hat die Sozialdemokratie z. B. für den progressiven Ausbau der Einkommensteuer gefordert. Je höheres Einkommen jemand hat, einen desto größeren Prozentsatz muß er abliefern. Dieser Gedanke kann bei der Naturalbesteuerung insofern beibehalten werden, als man die Betriebe nach Größenklassen einteilt und innerhalb der Größenklassen nach auf die Bodenqualität Rücksicht nimmt. Dadurch wird aber nur eine gewisse Gerechtigkeit in der Verteilung der Steuerlast herbeigeführt, nicht dagegen für die Steigerung der Produktivität gefordert. Dies Ziel kann nur dadurch erreicht werden, daß man innerhalb der beschriebenen Abstufung noch einmal nach dem Ertrage der Flächen einsteigt — dieses Mal aber umgekehrt: Je mehr der einzelne Landwirt aus der Fläche herauswirtschaftet, einen desto geringeren Bruchteil vom Gesamtprodukt der Flächeninheit soll er als Steuer abgeben müssen. Um ein Beispiel zu nehmen: Es wird festgestellt, daß der Landwirt von dem ersten Zentner Getreide, der bei ihm auf jedem Hektar wächst, 50 Prozent, vom zweiten Zentner 45 Prozent, vom dritten Zentner 40 Prozent, vom vierten Zentner 30 Prozent, vom fünften Zentner 20 Prozent, vom sechsten Zentner 10 Prozent, vom siebenten Zentner 5 Prozent als Naturalsteuer abzugeben hat. Erzeugt dieser Landwirt nun nur 2 Zentner Korn pro Hektar, so muß er 95 Pfund oder 47½ Prozent des Gesamtsertrages abgeben. Erzielt er aber 4 Zentner vom Hektar, so muß er 165 Pfund oder 42½ Prozent abgeben, es verbleiben ihm 235 Pfund oder 57½ Prozent. Erzielt er dagegen 7 Zentner vom Hektar, so muß er 200 Pfund oder 28,6 Prozent abgeben, er bleiben 71,4 Prozent oder 500 Pfund zu seiner freien Verfügung. (Dieses Zahlenbeispiel ist natürlich nur schematisch zu verstehen.) Dadurch ist dafür gesorgt, daß, je mehr Kapital zur Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion aufgewendet wird, desto größere Getreidemengen tatsächlich als Steuer an den Staat fallen, daß aber gleichzeitig für den einzelnen Landwirt der Profit sich steigert. Die Folge davon würde